Ihre Stimme im Deutschen Bundestag

Neues aus Berlin und aus dem Vogtland

Inhalt Ausgabe 4/16

Neues aus Berlin:

- Bundeshaushalt 2017
- Weitere Maßnahmen für die Innere Sicherheit
- Verbot von Kinderehen/Schutz für Stalking-Opfer verbessert
- 20 Mio. für schnelles Internet
- Vogtlandstammtisch/IHK Plauen besucht Berlin
- Altersgerechten Umbau weiter fördern/50 Vogtländer in Berlin
- Sprach-Kitas weiter gefördert

Neues aus dem Vogtland:

- Hilfe für Milchbauern
- Regionalkonferenz mit Bundesinnenminister in Plauen
- Ferienarbeiterinnen in den Bürgerbüros
- Förderbescheide für Falkenstein/ Neue Hilfen für Hospizdienst
- 5 Jahre Familien– und Begegnungszentrum/Tag der Vogtländer
- Magwas auf Sommertour
- Vogelbeerbaum geschenkt/ Spendenübergabe KISPI
- Kurznachrichten
- Facebook, Termine und Bürgersprechstunde

Liebe Vogtländerinnen und Vogtländer, sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Ihnen heute meinen aktuellen Berlin-Brief zukommen zu lassen mit Informationen über meine Arbeit als Bundestagsabgeordnete in der Hauptstadt und im Vogtland. Über Ihre Vorschläge und Hinweise freue ich mich sehr und lasse diese in meine politische Arbeit einfließen.

In vogtländischer Verbundenheit

Ihre Yvonne Magwas

Mobile Botschafter — Vogtländer bewerben ihre Heimat

Mit einem Auto-Aufkleber möchte der Tourismusverband Vogtland e.V. die Region noch bekannter machen. Geschäftsführer Andreas Kraus und Landrat Rolf Keil gaben am 15. September in Auerbach den Startschuss. Gleich drei VOGTLAND-Aufkleber zieren nun Yvonne Magwas‘ Auto. „Wir lieben unsere Heimat – das müssen wir auch nach außen tragen. Ich bin überzeugt davon, dass ein positives Außenmarketing nur mit einem positiven Innenmarketing möglich ist. Mit dem VOGTLAND-Logo am Auto kann jeder ein Botschafter unserer Region sein“, so die Bundestagsabgeordnete. Neben Yvonne Magwas unterstützen die Aktion auch der Geschäftsführer des Verkehrsbund Vogtland - Thorsten Müller- und Holger Kappei, Center Manager Elster Park Plauen. Die Auto-Aufkleber inklusive Anbringung gibt’s kostenlos bei den Autohäusern Bauer in Rodewisch und Dornig in Plauen. Gekoppelt ist die Werbe-Aktion mit einem Gewinnspiel: Unter allen „Vogltand-Botschaftern“ verlosen die Autohäuser bis Mai u.a. einen Öl- oder Reifenwechsel. ■

Yvonne Magwas MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/227-75637, Fax: 030/227-76639
E-Mail: yvonne.magwas@bundestag.de

CDU VOGTLAND

Neues aus Berlin:

Bundeshaushalt 2017 ohne neue Schulden

Mehr Geld für Innere Sicherheit und Forschung

Der Deutsche Bundestag diskutierte in der letzten Woche den Haushaltsplan für 2017. Die erfreuliche Nachricht: Deutschland steht finanziell hervorragend da und es wird auch im kommenden Jahr einen ausgeglichenen Haushalt geben. „Das ist gut für die Menschen und die Wirtschaft. Außerdem lässt es Spielräume für wichtige Aufgaben. So wird für Bereiche wie Innere Sicherheit oder Forschung und Entwicklung mehr Geld zur Verfügung gestellt“, so die Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas.

Mehr Investitionen, mehr Steuereinnahmen, keine neuen Schulden

Der Haushalt 2017 umfasst Ausgaben in Höhe von rund 329 Milliarden Euro. Das sind 11,8 Mrd. Euro mehr als im aktuellen Haushaltsjahr 2016. Der Entwurf der Bundesregierung sieht dabei aber keine Aufnahme neuer Kredite vor. Vielmehr stehen der Etaterhöhung geplante Steuermehreinnahmen in Höhe von 13,72 Milliarden Euro gegenüber. Eine Woche lang wurden die Haushaltspläne der einzelnen Ressorts nacheinander debattiert.

Mehr Geld für innere Sicherheit

Innenminister Thomas de Maizière (CDU) soll für sein Ministerium im kommenden Jahr rund 8,3 Milliarden Euro bekommen. Das sind 537 Millionen Euro mehr als ihm für das laufende Jahr zur Verfügung stehen. Vom Gesamtetat sind etwa zwei Drittel der Ausgaben für den Bereich der Sicherheitsbehörden vorgesehen. Für die Unionsfraktion ist der Schutz der Bürger vor Terrorismus und Kriminalität eine der zentralen Aufgaben. Viel ist schon geschehen, doch weitere Schritte sind nötig. So sollen bei den Sicherheitsbehörden des Bundes weitere Beamte eingestellt werden. Im Zeitraum von 2016 bis 2020 sollen rund 7.000 neue Stellen bei der Bundespolizei geschaffen werden.

Deutschlands Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit stärken

In den Bereich Forschung und Entwicklung soll im kommenden Jahr mehr investiert werden. CDU-Ministerin Johanna Wanka sollen rund 17,6 Milliarden Euro für die Arbeit ihres Ministeriums zur Verfügung stehen. Klar ist, dass man mit konsequenter Digitalisierung sowohl die individuellen Bildungs- und Berufschancen als auch Deutschlands Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit stärken kann. Deswegen setzt sich die Unionsfraktion dafür ein, eine nationale Infrastruktur für Forschungsdaten zu etablieren. Auf diese Weise sollen Daten nachhaltig aufbewahrt, zugänglich gemacht und genutzt werden können – auch über Disziplingrenzen hinweg.

Verteidigung, Verkehr und Digitale Infrastruktur

Die Bereiche Verteidigung und Verkehr/Digitale Infrastruktur werden finanziell gestärkt: Der Etat von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) soll auf 36,6 Milliarden Euro erhöht werden. Knapp die Hälfte davon entfallen auf Personalausgaben. Für militärische Beschaffungen sind wiederum 11,1 Milliarden Euro vorgesehen – etwa eine Milliarde Euro mehr als in diesem Jahr. Minister Alexander Dobrindt (CSU), zuständig für die Bereiche Verkehr und Digitale Infrastruktur, kann mit einem Etat in Höhe von 26,8 Milliarden Euro rechnen. ■

Weitere Haushaltseinzelpläne 2017:
Justiz und Verbraucherschutz: 735 Mio. Euro (u.a. Investitionen in Informationstechnologie)
Auswärtiges Amt: 4,6 Mrd. Euro (zusätzliche Mittel in Höhe von 400 Mio. Euro für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland und Krisenprävention)
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: 8 Mrd. Euro
Wirtschaft und Energie: 7,4 Mrd. Euro (Schwerpunkt: Förderung des innovativen Mittelstandes: 804 Mio. Euro)
Gesundheit: 15,1 Mrd. Euro
Arbeit und Soziales: 138, 6 Mrd. Euro
Ernährung und Landwirtschaft: 5,9 Mrd. Euro (Zuschüsse agrarsoziales Sicherungssystem: 3,9 Mrd. Euro, Liquiditätsprogramm Milch: 58 Mio. Euro)
Familie, Senioren, Frauen und Jugend: 9,2 Mrd. Euro
Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit: 5,45 Mrd. Euro (Kriminalprävention durch Einbruchmittel auf 50 Mio. Euro aufgestockt)
Kultur und Medien: 1,35 Mrd. Euro

Neues aus Berlin:

Für die Sicherheit unserer Bürger

Der Staat trägt die Verantwortung für die Gewährleistung der inneren Sicherheit. „Für uns als Union ist der Schutz der Bürger vor Terrorismus und Kriminalität die zentrale Aufgabe. Viel ist schon geschehen, doch weitere Schritte sind nötig“, so Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas. Folgende Maßnahmen sind bereits verwirklicht oder in Planung:

Mehr Personal bei Polizei und Ermittlungsbehörden

Verwirklicht:

- Bundespolizei, Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz erhalten in dieser Legislaturperiode mehr als 4.600 neue Stellen.
- Im Zeitraum 2015 bis 2020 werden mehr als zwei Milliarden Euro an zusätzlichen Mitteln für eine bessere Ausstattung bereitgestellt.
- Die Bundespolizei hat eine neue Anti-Terror-Einheit aufgebaut. Sie soll vor allem in akuten Bedrohungssituationen zum Einsatz kommen.

Geplant:

- Bei den Sicherheitsbehörden des Bundes müssen darüber hinaus weitere Beamte eingestellt werden. Im Zeitraum von 2016 bis 2020 sollen allein bei der Bundespolizei rund 7.000 neue Stellen geschaffen werden – 3.250 mehr als noch bis vor kurzem geplant.
- Eine neue Truppe mit bis zu 400 Cyber-Ermittlern soll aufgebaut werden, die sogenannte Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich.

Kampf gegen den islamistischen Terror

Verwirklicht:

- Reisen in terroristischer Absicht sind jetzt strafbar.
- Dschihadisten können Reisepass und Personalausweis entzogen werden, um sie an der Ausreise zu hindern.
- Strafbarkeit der Terrorismusfinanzierung wurde verschärft.
- Nachrichtendienste dürfen auch künftig Auskünfte bei Luftfahrtunternehmen, Kreditinstituten und Telekommunikationsdiensten einholen.
- Innereuropäische Finanztransfers zur Terrorismusbekämpfung können künftig leichter überwacht werden.
- Vermögen, das aus kriminellen Taten stammt, kann künftig leichter eingezogen werden.

Geplant:

- In einer besonders schweren Terrorlage, bei der die Polizei an ihre Grenzen gerät, soll die Bundeswehr unter Führung der Polizei eingesetzt werden.
- Die Sympathiewerbung für Terrorismus soll wieder unter Strafe gestellt werden.
- Islamisten sollen intensiver überwacht, ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden.
- Der Verfassungsschutz soll künftig auch auf Verbindungsdaten zugreifen und verschlüsselte Kommunikation überwachen können.
- Deutsche mit einer weiteren Staatsbürgerschaft, die für eine Terrormiliz im Ausland kämpfen, sollen die deutsche Staatsbürgerschaft verlieren.

Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum

Verwirklicht:

- „Nein heißt nein“: Die Koalition hat Strafbarkeitslücken bei Vergewaltigung, sexueller Nötigung und sexueller Belästigung geschlossen.

Geplant:

- Intelligente Videotechnik soll vermehrt eingesetzt werden, z.B. in Einkaufszentren. Bis 2019 werden rund 20 Bahnhöfe mit modernster Videotechnik ausgestattet werden.
- Auch Biometrie soll mehr genutzt werden. So sollen Personen über Gesichtserkennungssysteme genauso zuverlässig identifiziert werden können wie per Fingerabdruck.

Kampf gegen organisierte Kriminalität

Verwirklicht:

- Das Bundeskriminalamt hat die eigens für diese Aufgabe eingerichtete Koordinierungsstelle ausgebaut.
- Der Tatbestand der Geldwäsche ist verschärft worden. Die Verschleierung der kriminellen Herkunft von Vermögen wird damit deutlich erschwert.
- Die Koalition hat eine Speicherpflicht für Verbindungsdaten geschaffen, auf die bei besonders schweren Straftaten wie Kinderpornografie, Terrorismus und organisierter Kriminalität zugegriffen werden kann.

Geplant:

- Ob es sich um einen „einfachen“ oder bandenmäßig begangenen Wohnungseinbruch handelt, ist oftmals am Beginn der Ermittlungen nicht erkennbar. Deshalb sollen „einfache“ Wohnungseinbrüche in den Katalog der Straftaten aufgenommen werden, bei denen eine Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation möglich ist.
- Die Schleierfahndung soll intensiviert, ausgeweitet werden..
- Die Anbieter von E-Mail-,Messenger-Diensten und sozialen Medien sollen zur Speicherung der Nutzerdaten verpflichtet werden, die Speicherfristen praxisgerecht erhöht werden.

Schärferes Ausländerrecht

Verwirklicht:

- Wer hier schwere Straftaten begeht, hat sein Gastrecht verwirkt und muss unser Land verlassen. Daher hat die Koalition nach den Ereignissen in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten das Ausweisungsrecht verschärft.

Geplant:

- Asylsuchende ohne Ausweispapiere sollen besonderen Aufnahmeeinrichtungen zugewiesen werden.
- Für Ausländer, die straffällig geworden sind oder von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ausgeht, soll das Aufenthaltsrecht weiter verschärft werden. Hierfür soll im Aufenthaltsgesetz der Haftgrund der „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ geschaffen werden, um die Ausreisepflicht in diesen Fällen wirkungsvoll durchzusetzen.

Besserer Schutz des Eigentums

Verwirklicht:

- Mehr Geld für Prävention: 50 Millionen Euro pro Jahr für bauliche Eigensicherung beim Einbruchsschutz.
- Die Union unterstützt den Einsatz spezieller Software zur besseren Prognose über künftige Einbruchsschwerpunkte.

Geplant:

- Einbrüche sollen künftig als Verbrechen gelten. Die Mindeststrafe erhöht sich von sechs auf zwölf Monate. Staatsanwaltschaften müssten in jedem Fall Anklage erheben.
- Umbaumaßnahmen zum Schutz vor Einbruch sollen künftig ab einer Investitionssumme von 500 Euro mit einem zehnprozentigen Zuschuss der KfW gefördert werden. Bislang mussten 2.000 Euro investiert werden.

Zusammenarbeit nationaler und internationaler Sicherheitsbehörden

Verwirklicht:

- Die Koalition hat die Rechtsgrundlagen für einen besseren Informationsaustausch mit den Partnern in der Europäischen Union und der NATO geschaffen.
- Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern insbesondere bei der Nutzung gemeinsamer Dateien wird weiter ausgebaut. Kern ist das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) des Bundes und der Länder in Berlin.

Geplant:

- Das Anti-Terror-Zentrum bei Europol soll verstärkt, die Kooperation der Behörden in Europa intensiviert werden.
- Auf europäischer Ebene soll die Einrichtung eines Ein- und Ausreiseregisters vorangetrieben werden. Die nach langen Verhandlungen beschlossene Speicherung von Fluggastdaten soll rasch umgesetzt werden.

Neues aus Berlin:

Verbot von Kinderehen in Deutschland

Mehr als 1.000 Kinderehen soll es in Deutschland geben. Eine Zahl, die schockiert und hinter der viel individuelles Leid steht. Meistens handelt es sich um minderjährige Mädchen, die in ihrer Heimat mit einem viel älteren Mann verheiratet wurden. Kommen die Personen nach Deutschland, stellt sich die Frage, ob die Eheschließung wirksam ist.

Aufhebung von Auslandskinderehen soll künftig Grundsatz sein

Die Unionsfraktion hat daher ein schärferes Vorgehen gegen Kinderehen beschlossen. In einem entsprechenden Eckpunktepapier wird eine gerichtliche Aufhebung von im Ausland geschlossenen Kinderehen auf Antrag des Jugendamtes in Deutschland gefordert. Bislang wird bei Auslandskinderehen im Einzelfall geprüft, ob sie in Deutschland anerkannt werden oder nicht. Denn Ehen, die im Ausland nach dortigem Recht geschlossen wurden, genießen in Deutschland zunächst einmal Bestandsschutz. In Zukunft sollen auch diese Ehen genauso wie die in Deutschland geschlossenen Kinderehen aufgehoben werden.

Ehemündigkeitsalter hochgesetzt

Für Ausländer mit gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland soll künftig ausschließlich deutsches Eherecht gelten. Und auch eine verbindlichere Festlegung des generellen Ehemündigkeitsalters auf 18 Jahre hat der Fraktionsvorstand beschlossen. Bisher ist es möglich, dass auch schon 16– und 17jährige in Deutschland heiraten können.

Yvonne Magwas sieht nun den Weg für ein schnelles Vorgehen geebnet: „Ein starker Staat dient vor allem dem Schutz der Schwächeren. Ein minderjähriges Mädchen gehört nicht in die Ehe, sondern in die Schule. Bei uns gelten die Maßstäbe des Grundgesetzes, nicht die der Sharia“, so die Bundestagsabgeordnete. ■

Besserer Schutz von Stalking-Opfern beschlossen

Das Bundeskabinett hat Verbesserungen des Schutzes von Stalking-Opfern beschlossen und erfüllt damit eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag.

Eignungs– statt Erfolgsdelikt

„Endlich tut sich etwas beim Schutz vor Stalkern. Zu lange haben wir auf den Referentenentwurf aus dem Hause Maas gewartet. Stalking bedeutet eine schwere, oft jahrelange Belastung. Es darf nicht sein, dass ein Stalking-Opfer erst sein ganzes Leben umkrempeln muss, bevor der Staat effektiv gegen den Täter vorgeht“, so die Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas.

Der Gesetzentwurf gestaltet das Erfolgs- zu einem Eignungsdelikt um. Zukünftig soll sich daher strafbar machen, wer beharrlich einer anderen Person in einer Weise unbefugt nachstellt, die dazu geeignet ist, deren Lebensgestaltung schwerwiegend zu beeinträchtigen. Ein tatsächlicher Erfolgseintritt ist zur Ahndung nicht länger notwendig. Das heißt, das Opfer muss nicht erst umziehen, damit der Stalker strafrechtlich belangt werden kann.

Kostenentlastung für die Opfer

Zudem soll der Straftatbestand der Nachstellung aus dem Katalog der Privatklagedelikte gestrichen werden. Das bedeutet, dass die Staatsanwaltschaft das Verfahren nicht unter Verweis auf den Privatklageweg einstellen kann und damit dem Opfer ein ggf. umfängliches Kostenrisiko zumutet.

Zudem soll auch die Einhaltung einer Verpflichtung aus einem gerichtlich bestätigten Vergleich künftig strafbewehrt sein und damit ein Gleichlauf mit dem strafrechtlichen Schutz bei gerichtlichen Gewaltschutzanordnungen hergestellt werden. Ergänzend dazu soll eine Neuregelung sicherstellen, dass in den Fällen eines gerichtlich bestätigten Vergleichs eine Mitteilung an die zuständige Polizeibehörde und andere öffentliche Stellen erfolgen muss. ■

Neues aus Berlin:

Über 20 Mio. Euro für schnelles Internet im Vogtland

Gute Nachricht aus Berlin: Der Breitbandausbau im Vogtlandkreis wird vom Bund mit 20,2 Millionen Euro gefördert. Dazu sagt die Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas:

"Den Bescheid konnten Landrat Rolf Keil und ich am 6. September von Bundesminister Alexander Dobrindt entgegennehmen. Ziel der Förderung ist bis Ende 2018 die weißen Flecken in unserer Region zu beseitigen. Der Freistaat Sachsen wird die Zuwendung auf 90 Prozent auffüllen. Einen kleinen Teil tragen die Kommunen selbst. Damit werden fast 55 Millionen Euro für das schnelle Internet im Vogtland investiert.

Wichtiges Etappenziel für unsere Heimat

Die Förderung ist ein wichtiges Etappenziel für die Zukunft unserer Heimat. Wenn wir ein attraktiver Arbeits- und Lebensraum sein wollen, ist schnelles Internet ein Schlüssel dazu. Längst wird unser tägliches Leben von der digitalen Infrastruktur beeinflusst. Apps führen uns an Staus vorbei, zeigen uns den Weg zum nächsten Restaurant oder vermitteln uns via QR-Code die wichtigsten Informationen über Sehenswürdigkeiten oder Produkte. Gerade bei uns im ländlichen Raum braucht der Mittelstand den Breitbandausbau dringend. Denn nur mit einer modernen Infrastruktur können unsere ansässigen Firmen auf dem nationalen und internationalen Markt mithalten. Immerhin erzielt das Vogtland ein Drittel seiner Umsätze im Ausland. Aber nicht nur für die Unternehmen ist der Breitbandausbau entscheidend. Auch private Haushalte fordern zurecht eine Versorgung mit schnellem Internet.

1200 km Glaskabel in 25 Kommunen

Lange haben das Landratsamt und ich für diesen Erfolg kämpft. Mein persönlicher Dank geht an das Breitbandbüro des Bundes, vor allem an Daniel Knohr und Tim Brauckmüller sowie die Wirtschaftsförderung des Landkreises. Zu mehreren Arbeitsgesprächen saßen wir zusammen, haben beraten und konnten nun unsere Anträge zum Erfolg führen. Insgesamt können wir nun fast 500 Kilometer Leerrohre und knapp 1200 Kilometer Glasfaserkabel in 25 Kommunen verlegen. Als kleines Dankeschön für den Förderbescheid bekam der Bundesminister von mir den neusten Botschafter unserer Region, nämlich das Vogtland-Monopoly – natürlich mit dem Markenschriftzug VOGTLAND.

Nicht den Anschluss verlieren

Insgesamt übergab Alexander Dobrindt 116 Förderbescheide für Netzausbauprojekte aus dem milliardenschweren Bundesprogramm für superschnelles Breitband. Damit überreicht das BMVI in der zweiten Runde 904 Millionen Euro Fördermittel an Kommunen und Landkreise und ermöglicht Gesamtinvestitionen in Höhe von 1,8 Milliarden Euro. Wichtig ist, dass wir auch in Zukunft am Ausbau der digitalen Infrastruktur dranbleiben, um nicht den Anschluss zu verlieren." ■

Neues aus Berlin:

Vogtlandstammtisch: Mundart ist Kulturgut!

Ganz im Zeichen der Mundartpflege stand der Vogtlandstammtisch Anfang September. Der Mundartsänger Klaus Goldammer aus Bad Elster war zu Gast und unternahm mit dem Verein eine musikalische Reise durch das Vogtland und seine verschiedenen Dialekte.

Dialektische Vielfalt im Vogtland groß

Die Gäste staunten über die Vielfalt der vogtländischen Sprache. Sieben Dialekte zeigte Goldammer auf dem mitgebrachten Schaubild der Region. So

würden die Menschen um Auerbach in ihrem melodiösen Ostvogtländisch mehr singen als sprechen. Und im Süden des Vogtlandes um Bad Brambach käme das rollende R hinzu und man frage sich bisweilen, ob das überhaupt noch deutsch sei? Goldammer betonte: „Bei den Dialekten im Vogtland ist ganz schön was los. So eine Vielfalt auf kleinem Raum ist schon etwas Besonderes im Vergleich zu anderen Regionen Deutschlands.“ So verlaufe durch das Vogtland die Grenze zwischen den mitteldeutschen und den oberdeutschen Dialekten. Einflüsse aus dem Oberpfälzischen, Fränkischen, Erzgebirgischen und dem Egerländischen sorgen für solch eine Vielfalt, dass die Vogtländer sich mitunter „net gescheiht von einer Eck zur anneren“ verstünden, so Goldammer.

Musikalische Reise auf der Gitarre

Zum Besten gab der Mundartautor zahlreiche Lieder auf der Gitarre, bei denen auch kräftig mitgesungen wurde. Er startete mit der Vogtlandhymne in kernvogtländisch „Dort wu dorchs Land die Elster fließt“ vom Volksmusiker Hilmar Mückenberger. Weiter ging es u.a. mit dem „Schwammerl-Marsch“ und „Wer viel kaa, muss viel daa“. Auf vielfachen Wunsch wurde auch der bekannte „Vuglbärbaam“ angestimmt, auch wenn dieser eigentlich aus dem Erzgebirge stammt, über die Zeit jedoch überregional beliebt und verbreitet war und auch für das Vogtland eine Art Wahrzeichen ist. Die Vereinsvorsitzende Yvonne Magwas bedankte sich herzlich bei dem unterhaltsamen Gast aus dem Vogtland: „Mundart ist Kulturgut, welche es zu bewahren gilt.“ ■

IHK Plauen besucht den Deutschen Bundestag

Die IHK Plauen um Geschäftsführer Michael Barth besuchte die CDU-Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas in Berlin und konnte so den Bundestag einmal hautnah erleben. Die Gruppe traf die Abgeordnete im Paul-Löbe-Haus, dem “Motor des Bundestags”, in dem die Ausschüsse arbeiten. In einer Gesprächsrunde stellte sie sich und ihre Arbeit als Abgeordnete vor und beantwortete danach Fragen zu aktuellen politischen Themen. Danach ging es durch die unterirdische Verbindung in das Reichstagsgebäude und hinauf auf die Kuppel. Anschließend konnten die Besucher den Fraktionssaal besichtigen. Der Tag wurde bei einer Bootsfahrt und einem leckeren Abendessen passend abgerundet. Am nächsten Tag ging das Programm weiter. Die Gäste nahmen an einer Live-Show des ZDF-Morgenmagazins teil und besuchten im Anschluss das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Am Ende stand für alle das Fazit: Eine gelungene Bildungsreise. ■

Neues aus Berlin:

Altersgerechter Umbau wird weiter gefördert

Anlässlich des Demografie-Kongresses Anfang September in Berlin sprach sich die Bundestagsabgeordnete und Mitglied im Bauausschuss Yvonne Magwas für mehr Investitionen in altersgerechte Wohnungen aus.

Förderung und Investition gleichermaßen

Die steigende Zahl älterer Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, wird den Bedarf an adäquatem, altersgerechtem Wohnraum weiter steigen lassen. Bis zum Jahr 2030 werden fast 3 Millionen altersgerechte Wohnungen gebraucht. Heute sind etwa 700.000 Wohnungen altersgerecht, weniger als zwei Prozent des Gesamtbestandes. „Um hier mehr Dynamik zu erreichen, brauchen wir weiter ausreichend staatliche Förderung. Investitionen in altersgerechte Wohnungen sind auch ein wichtiges Anliegen einer ganzheitlichen Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik“, so Yvonne Magwas.

350 Mio. Euro in altersgerechten Umbau

Seit 2009 hat der Bund mehr als 350 Millionen Euro für den altersgerechten Umbau bereitgestellt, in Form zinsverbilligter Darlehen und von Zuschüssen. Damit wurden fast 250.000 Wohnungen altersgerecht saniert. Maßgeblich für die Förderungen waren die Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zum altersgerechten Umbau. Seit 2015 fördert das Budesbauministerium zusätzlich den Bau so genannter Variowohnungen. Das sind flexible, barrierefreie Wohneinheiten, die heute den Bedarf nach Wohnraum für Studierende decken und später für altersgerechtes Wohnen geeignet sein sollen. Für ihre Entwicklung stellt der Bund 120 Millionen Euro aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm zur Verfügung.

Mittel um 5,5 Mio. Euro erhöht

Ein möglichst langer Verbleib in der eigenen Wohnung ist das Ziel, das mit dem KfW-Programm "Altersgerecht Umbauen" des Bundesbauministeriums verfolgt wird. Die Mittel des Programms sind bereits vorzeitig ausgeschöpft worden, was den hohen Förderbedarf zeigt. "Wir haben uns, wie im Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen von Verbänden einhellig gefordert, intensiv dafür eingesetzt, dass für das Jahr 2017 wieder Mittel für den altersgerechten Umbau bereitgestellt werden“, so Yvonne Magwas. Im Haushaltsentwurf wurden die Mittel um 5,5 Mio. Euro auf 25,5 Mio. Euro aufgestockt. ■

50 Vogtländer machen Bildungsfahrt nach Berlin

Vom 11. bis 13. September erlebten 50 Besucher aus dem Vogtland drei spannende Tage im Herzen der deutschen Demokratie. In Zusammenarbeit mit dem Büro von Yvonne Magwas hatte das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung ein umfangreiches Programm zusammengestellt:

Drei Tage voller Programm

Zu den Höhepunkten der Fahrt gehörten der Besuch des Reichstagsgebäudes, ein Rundgang durch die Liegenschaften des Deutschen Bundestages sowie eine Führung durch das Stasi-Museum Berlin. Mit dabei die Abgeordnete, die ihre Gäste während der drei Tage so häufig wie möglich begleitete und stets Ansprechpartnerin war. Beim Besuch des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erhielten die Vogtländer die Gelegenheit, ihre Fragen an die zuständigen Referenten zu stellen und bei der Besichtigung des Deutschlandradio-Funkhaus Berlin konnten sie einen Blick hinter die Fassaden des Medienhauses werfen. Die Stadt aus einer anderen Perspektive erlebten die Gäste während einer Stadtrundfahrt. ■

Neues aus Berlin:

Programm Sprach-Kitas geht in zweite Runde

Das Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ ist erfolgreich mit über 3.750 geförderten Maßnahmen dieses Jahr angelaufen. Leider konnten damit nicht alle Kitas bedient werden. Deshalb plant der Bund eine Aufstockung der Mittel um 600 Millionen Euro im Zeitraum von 2017 bis 2020. Vorbehaltlich einer Zustimmung durch den Deutschen Bundestag können so viele zusätzliche Fachkräfte in Kitas gefördert werden.

Zukünftig auch kleine Einrichtungen förderfähig

Künftig sollen auch kleine Einrichtungen gefördert werden können. Hintergrund ist, dass es gerade im ländlichen Raum viele kleinere Kitas gibt, die ebenfalls Zielgruppe des Bundesprogramms sind. Außerdem ist in kleinen Kitas oftmals keine Freistellung für Leitungsaufgaben vorgesehen, so dass wichtige Koordinations- und Steuerungsaufgaben in der Programmumsetzung durch die zusätzliche Fachkraft übernommen werden müssen. Darüber hinaus soll großen Einrichtungen mit mehr als 160 Kindern ermöglicht werden, eine zweite halbe Stelle zu beantragen. Dies betrifft auch Kitas, die bereits gefördert werden. „Das Programm wurde im Vogtland gut angenommen“, so Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas. Vier Einrichtungen in der Region werden bereits gefördert. Dazu gehören: Kita „Misch-ka“ in Auerbach, Kita „Albert Schweitzer“ in Falkenstein sowie die Kitas „Am Stadion“ und „Sperkennest“ in Oelsnitz. „Ich hoffe, dass in Zukunft weitere Kitas von den sprachlichen Bildungsangeboten profitieren können. Das Programm ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Bildung und Integration für benachteiligte Kinder sowie Kinder mit Migrationshintergrund im Vogtland“, so Magwas.

Interesse bis Ende September bekunden

Das Interessenbekundungsverfahren für die zweite Förderwelle wird am 30. September 2016 enden. Träger von Kindertageseinrichtungen können sich am Online-Verfahren beteiligen und ihr Interesse bekunden. Die Auswahl der antragsberechtigten Kitas erfolgt im Anschluss durch die zuständigen Länderministerien. Alle Informationen zum Interessenbekundungsverfahren werden unter www.fruehe-chancen.de veröffentlicht. ■

Bund entlastet Kommunen

Das Bundeskabinett hat auf Vorschlag von Bundesfinanzminister Schäuble ein umfangreiches Entlastungspaket für Länder und Kommunen beschlossen.

20 Mrd. Euro von 2016 bis 2020

"Die Union begrüßt die auf den Weg gebrachten Entlastungen von Ländern und Kommunen in Höhe von rund 20 Milliarden Euro in den Jahren 2016 bis 2020“, so Yvonne Magwas. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble setzt damit rasch die die Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern vom Juni und Juli dieses Jahres um. Das Gesetz macht erneut deutlich, dass der Bund seiner gesamtstaatlichen Verantwortung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik gerecht wird. Der Bund übernimmt in den Jahren 2016 bis 2018 vollständig die Kosten der Unterkunft für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte. Weiter wird die im Koalitionsvertrag vorgesehene Entlastung der Kommunen um fünf Milliarden Euro jährlich ab 2018 umgesetzt. Die Länder erhalten 2016 bis 2018 als Integrationspauschale jährlich zwei Milliarden Euro. Weiter erhalten die Länder in 2017 und 2018 jeweils 500 Millionen Euro zusätzlich für den sozialen Wohnungsbau. In den beiden Jahren stehen damit allein an Bundesmitteln jeweils gut 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Union erwartet, dass die Länder diese Mittel vereinbarungsgemäß für den sozialen Wohnungsbau verwenden und zusätzlich eigene Landesmittel bereitstellen zur Erfüllung ihrer ureigenen Aufgabe.

90 Mrd. Euro Gesamtentlastung

Insgesamt entlastet der Bund Länder und Kommunen in einer nie dagewesenen Größenordnung. Das Entlastungsvolumen allein in dieser Wahlperiode beträgt rund 90 Milliarden Euro. ■

Neues aus dem Vogtland:

Soforthilfen und regelmäßige Gesprächsrunden für die Milchbauern
Heimischer Landwirtschaft den Rücken stärken

Viele Milcherzeuger in Deutschland kämpfen aktuell um ihre Existenz. Sie leiden unter den starken Preiseinbrüchen. Nun sind alle gefragt – Politik, Discounter und jeder einzelne Verbraucher selbst.

Das weiß auch Yvonne Magwas, die im August gemeinsam mit dem Europaabgeordneten Peter Jahr, sowie den Landtagsabgeordneten Stephan Hösl und Andreas Heinz für schnelle Auszahlungen der Soforthilfen plädierte.

„Die versprochenen Soforthilfen von Bund und Europa müssen deshalb schnell ausgezahlt werden, um die Zukunft der Landwirte zu sichern“, erklärten die Abgeordneten. Dieses Anliegen besprach Yvonne Magwas auch mit dem zuständigen Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Hermann Aeikens. Dieser versicherte noch einmal, dass die beiden angekündigten Pakete bald in Kraft treten werden.

Zwei Pakete für die Milchbauern

Sowohl die Europäische Union als auch der Bund arbeiten aktiv dafür, das Rohmilchaufkommen zu reduzieren und Milchpreise zu normalisieren.

Im ersten Paket der Europäischen Union können Bauern, die sich zu einer Erzeugnisreduzierung binnen drei Monaten verpflichten, 14 Cent pro Kilogramm weniger produzierter Milch erhalten. Die Gesamtsumme des Paketes beläuft sich auf 150 Mio. Euro für die EU-weite Ausführung. Das Paket richtet sich auch an Betriebe, die die Erzeugung vollständig einstellen möchten.

Im zweiten Paket, welches vom Bund und der EU aufgelegt wird, werden Mittel mit 0,3 Cent pro Kilogramm an die diejenigen Betriebe vergeben, die sich dazu verpflichten ihre Produktion nicht weiter auszudehnen. Das Paket umfasst 116 Mio. Euro. Um den Prozess zu beschleunigen, setzen sich die Abgeordneten dafür ein, das Paket als Verordnung und nicht als Gesetz in Kraft treten zu lassen. Diese ersten Hilfen gelten als wichtiger Schritt. „Wir brauchen weniger Milch zu fairen Preisen. Staatliche Hilfen sind ein Schritt zur Anpassung der Milchproduktion an die Nachfrage“, so die Abgeordneten.

Appell an den Freistaat

Den Freistaat bitten die Abgeordneten dem Beispiel Hessen zu folgen. Dort werden die Erhöhungen der Ausgleichszahlung als Vorschuss gewährt. „Gleiches müsse Sachsen tun. Nach unserer Anfrage wird nun eine ähnliche Vorgehensweise geprüft“, so Peter Jahr.

Enge Zusammenarbeit für die Zukunft

Ein enger Austausch ist den vogtländischen Milchbauern ebenso wie den Abgeordneten aus Europaparlament, Bundestag und Landtag sehr wichtig. Der Vorschlag von Yvonne Magwas, sich nun regelmäßig zu treffen, wurde wohlwollend aufgenommen. So sollen Entwicklungen frühzeitig diskutiert und Informationen ausgetauscht werden können. Die nächste Gesprächsstunde wird im November stattfinden.

Die Abgeordneten bekennen sich zu einer starken heimischen Landwirtschaft: „Unser Ziel ist es, diese zu erhalten und unseren kleinen regionalen Betrieben den Rücken zu stärken. Deshalb sehen wir uns in der Verantwortung, in dieser außerordentlichen Krise zu helfen. Klar ist aber auch, dass der größte Teil der Probleme von Marktbeteiligten selbst gelöst werden muss.“ ■

Arbeitsgespräch zur Lage der Milchbauern mit Staatsminister Thomas Schmidt, Marco Wanderwitz MdB, Yvonne Magwas und Peter Jahr MdEP

Neues aus dem Vogtland:

Regionalkonferenz mit Bundesinnenminister in Plauen
„Mehr Integration – Bereitschaft fordern, Potenziale fördern“

Die vierte Regionalkonferenz der Sächsischen Union in diesem Jahr fand in Plauen statt. Mehr als 200 Bürgerinnen und Bürger kamen in das Konventgebäude des ehemaligen Komturhofes. Zusammen mit Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière und Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich diskutierten sie zum Thema „Mehr Integration – Bereitschaft fordern, Potenziale fördern“.

Integrationsmaßnahmen nur für Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive

Der Begrüßung durch den CDU-Kreisvorsitzenden im Vogtland, Sören Voigt, folgte ein Impulsvortrag von Thomas de Maizière. Darin umriss er die Frage „Was ist Integration?“. Kleine Gruppen müssten zu einem Teil der großen Gruppe werden und so eine gemeinsame Identität finden, so der Minister.

Integrationskurse sollen nicht alle Flüchtlinge erhalten, sondern nur jene mit guter Bleibeperspektive. Wer kein Asyl oder Flüchtlingsschutz erhält, muss unser Land zügig wieder verlassen, so de Maizière. Er erklärte, dass Integration für ihn dann erfolgreich ist, wenn sie sozial, emotional, strukturell und kulturell geschieht.

Spielregeln unserer Gesellschaft müssen beachtet werden

Der Grundsatz „fördern und fordern“ ist die Basis des gerade in Kraft getretenen Integrationsgesetzes. Die bedeutet, dass sich einerseits Anstrengung lohnen muss, andererseits muss Verweigerung sanktioniert werden, etwa über die Kürzung von Sozialleistungen“, so die CDU- Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas.

Sich an Recht und Gesetz zu halten und die Grundwerte zu achten, reicht nicht aus, gab Bundesinnenminister de Maizière in seinem Impulsreferat zu bedenken. Wichtig sei ebenso die Achtung unserer Kultur und die Kenntnis der Spielregeln in unserer Gesellschaft sowie unserer Geschichte. „Wir aber“, forderte der Bundesinnenminister die Gäste auf, „müssten uns selbst viel stärker damit auseinandersetzen, was unsere Werte ausmacht und diese auch selbst leben.“

Sprach– und Integrationskurse auch für Frauen verpflichtend

Der Ministerpräsident machte in der folgenden Diskussion mit den Gästen deutlich, dass Integrationsangebote Frauen und Männer gleichermaßen ansprechen müssen. „Für Frauen muss eine Teilnahme an den Sprach- und Integrationskursen auch verpflichtend sein. Ein Fernbleiben muss sanktioniert werden. Von zentraler Bedeutung ist es, den Flüchtlingen klar zu machen, dass sie hier für ihren und den Wohlstand der Gesellschaft einen Beitrag leisten müssen“, so Stanislaw Tillich. Um Flüchtlinge schneller und einfacher in Arbeit zu bringen, regelt das Integrationsgesetz, dass sie für die Zeit einer Ausbildung und zwei Jahre nach dem Abschluss ein sicheres Bleiberecht für Deutschland erhalten. Wenn sie dann ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können, sind auch die Chancen auf ein dauerhaftes Bleiberecht besser. "Die Integration wird Geld kosten. Aber wenn wir es unterlassen, wird es noch viel teurer“, so der Ministerpräsident.

Integration ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Im Schlusswort der Veranstaltung fasste die Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Kreisvorsitzende, Yvonne Magwas, die Diskussion zusammen. Sie betonte dabei, dass beim Thema Integration die gesamte Gesellschaft gefordert ist. Man müsse als Land zusammenhalten, um diese große Herausforderung erfolgreich zu meistern. Magwas mahnte Ewiggestrigen und denen, die nur Probleme beschwören, aber keinerlei Lösungsvorschläge haben, nicht zu folgen. Im Anschluss an die Diskussion wurden die angeregten Gespräche bei einem Imbiss fortgesetzt. ■

Neues aus dem Vogtland:

Vogtländische Politikluft geschnuppert
Schülerinnen erleben Arbeit im Bürgerbüro

Gleich zwei Schülerinnen aus dem Vogtland arbeiteten diesen Sommer für jeweils eine Woche in den Bürgerbüros der Bundestagsabgeordneten Yvonne Magwas. Während es Alexandra Thoß (Bild unten) nach Auerbach zog, war Lena Geier (Bild rechts) in Plauen im Einsatz. „Für mich war diese Woche eine Bereicherung und eine praktische Ergänzung des Unterrichtsstoffes. Die Mitarbeiterin Jana Schmidt gab mir eine Reihe von Arbeitsaufgaben, die mir praktische Einblicke in politische und gesetzgeberische Verfahren ermöglichten“, erzählt die Schülerin.

Praktikumsbericht von Alexandra Thoß: „Interessante Zeit, aus der ich viel mitnehmen kann.“

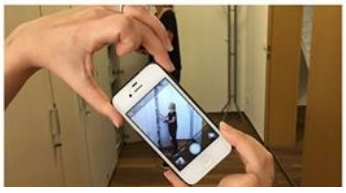
Was Alexandra im Auerbacher Bürgerbüro erlebte – das erzählt die junge Frau nun selbst:

„Hallo! Mein Name ist Alexandra. Ich bin 16 Jahre alt und besuche derzeit die elfte Klasse im Oelsnitzer Julius-Mosen-Gymnasium. In den diesjährigen Sommerferien absolvierte ich vom 18. – 22. Juli eine einwöchige Ferienarbeit im Auerbacher Bürgerbüro von Frau Magwas. Um zu erklären, wie ich an dieses Angebot heran kam, muss ich Ihnen zunächst eine kurze Geschichte erzählen.

Anlässlich unserer Klassenfahrt fuhren wir ins schöne Berlin. Natürlich war auch ein Besuch des Bundestages ein Muss. Schließlich geschieht dort die Politik, die uns Deutsche alle betrifft. Dort empfing uns Frau Magwas, die uns an diesem Tag durch das Bundestagsgelände führte. Zuvor gab sie uns die Möglichkeit Fragen zu stellen. Auch Kritik und Lob durfte geäußert werden. Ich meldete mich und erklärte, dass es für uns Jugendliche wirklich schwer ist, eine Ferienarbeit zu finden. Sie bejahte dies und machte mir in Folge dessen ein Angebot nach Auerbach zu kommen. Sie erzählte mir, dass im Bürgerbüro immer eine helfende Hand gern gesehen ist. Ein Ferienjob war mir damit sicher.

Schließlich startete am 18. Juli meine Arbeitswoche in der ‚Drei-Türme-Stadt‘. Ich wurde sehr herzlich von ihren Mitarbeitern Anne Vogel und Paul Schäfer aufgenommen. Anfangs konnte ich mir ehrlich gesagt nicht konkret vorstellen, wie eine Woche in einem Bürgerbüro eines Bundestagsabgeordneten abläuft. Schnell wurde mir aber klar, dass viel zu tun ist, um dem stets präsenten Auftreten von Frau Magwas im Vogtland gerecht zu werden. Die folgenden Tage hielten einige Aufgaben für mich bereit. Unter anderem durfte ich Dankesschreiben verfassen, Termine klären oder sortieren. Das klingt beim Lesen langweiliger als es tatsächlich ist. Am Donnerstag nahm mich Frau Vogel zu einem Termin nach Hof mit. Thema war das Sächsisch-Bayerische Städtenetz. In dieser Gesprächsrunde wurden die Mitarbeiter der Abgeordnetenbüros über die Elektrifizierung der Sachsen-Franken-Magistrale informiert.

Zusammenfassend erlebte ich eine aufschlussreiche und interessante Zeit, aus der ich viel mitnehmen kann. Es war ein wirklich schönes Arbeiten, was auch den Mitarbeitern zu verdanken ist. Herzlichen Dank für diese Gelegenheit, liebe Frau Magwas!“ ■



Neues aus dem Vogtland:

506.000 Euro für Falkenstein

Straßenbau, Untersuchungen zur Sanierung des Bahnhofsgebäudes und die Sanierung der Falgard-Villa für das Vogtland-Hospiz. Diese Maßnahmen werden durch Bund und den Freistaat Sachsen im Rahmen des Programms „Aufwertung von Quartieren“ in Falkensteins Stadtmitte finanziell unterstützt. Die Übergabe des Bescheids durch Sachsens Innenminister Markus Ulbig fand in der sich im Umbau befindenden Falgard-Villa statt.

Positive Effekte für die Gesundheitsversorgung

Hier entsteht derzeit das Vogtland-Hospiz. Das Hospiz liegt im Stadtumbaugebiet "Stadtmitte", welches 2012 in das Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost“ aufgenommen wurde. Im Zeitraum von 1995 bis 2023 fließen durch das Programm 19 Mio. € in die Sanierung Falkensteins.

Der Falkensteiner Apotheker Robert Herold wagt sich als privater Unternehmer an die Sanierung des denkmalgeschützten Gebäudes. Die Gesamtinvestitionssumme von rund 3,2 Mio. € schultert er zum größten Teil allein. „Das ist für Falkenstein ein echter Glücksfall“, macht neben Falkensteins Bürgermeister Marco Siegemund auch Yvonne Magwas deutlich. Die Bundetagsabgeordnete begrüßt das klare Bekenntnis der Stadt Falkenstein zum Projekt und eine Beteiligung an dessen Finanzierung: „Seitens des Bundes tun wir sehr viel für den Stadtumbau, gerade auch hier in den neuen Bundesländern, um unsere Kommunen attraktiver zu gestalten. Die nun beschiedenen finanziellen Mittel werden von Bund und Land jeweils zur Hälfte zur Verfügung gestellt. Gerade die Falgard-Villa mit Standort an einer Hauptverkehrsstraße und ihrer großen Geschichte wird nun wieder zum Strahlen gebracht. Viel mehr erreichen wir durch die Förderung des Hospizbaus auch positive Effekte für die Gesundheitsversorgung in der Region. Ich danke Robert Herold und der Stadt, hier besonders Marco Siegemund, für das klare Bekenntnis zur Stadt.“

Der Stadtrat hatte im Rahmen einer Einzelfallentscheidung 164 000 € der Gesamtfördersumme für städtebauliche Maßnahmen in Höhe von 506 000 € für den Hospizbau zur Verfügung gestellt. ■

Neue Hilfe und Chancen für Hospizdienst

Die Volkssolidarität Auerbach/Klingenthal zählt seit diesem August sieben neue ehrenamtliche Helferinnen zu ihrem Hospiz- und Beratungsdienst. Koordinatorin Petra Zehe übergab ihren Schützlingen mit viel Stolz und Freude am 30. August ihre Zertifikate in den Räumen des Auerbacher Archivs.

Zertifikate an neue Hospizhelfer verliehen

„Was hier geleistet wird, ist für unsere Gesellschaft wichtig. Die Hospizhelfer begleiten Schwerstkranke auf einem Weg, der für viele von uns unvorstellbar scheint. Wir müssen diese Arbeit würdigen und bestmögliche politische Rahmenbedingungen schaffen“, betont Yvonne Magwas. Bei der Zertifikatsverleihung konnte die Bundestagsabgeordnete selbst nicht teilnehmen, schickte jedoch eine Bürovertretung, um ihre Unterstützung zu verdeutlichen.

Nach rund 100 Kursstunden inklusive Praktikum können die Hospizhelfer nun selbstständig schwerstkranke Menschen auch ambulant betreuen. Zu den Aufgaben des Dienstes gehören unter anderem regelmäßige Besuche und Aktivitäten, Sitzwachen oder Begleitung und Unterstützung - sowohl der Patienten, als auch der Angehörigen.

„Um für Hospizdienste einen größeren finanziellen Spielraum zu schaffen, erhöhte der Bundestag mit dem Gesetz zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung im vergangenen Jahr die Zuschüsse der Krankenkasse und berücksichtigt in Zukunft auch Sachkosten. Es ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg, die geleistete Arbeit zu würdigen und zu unterstützen“, sagt die CDU-Politikerin. ■

Neues aus dem Vogtland:

Magwas auf Sommertour: Zu Gast bei CDU-Ortsverbänden

Von Juni bis September besuchte die Bundestagsabgeordnete 13 Ortsverbände sowie die Frauen-und Seniorenunion. „Ich freue mich, dass mich so viele eingeladen haben. Mir ist es wichtig, die Sorgen und Belange der Basis zu kennen und mit ihnen aktuelle Themen zu besprechen“, erzählt die CDU-Politikerin. Diskutiert wurde u.a. über Brexit, das neue Sexualstrafrecht, Breitbandversorgung und kommunalpolitische Herausforderungen. Großes Thema war natürlich auch die Wahl im nächsten Jahr. „Insgesamt haben 19 Ortsverbände und CDU-Unterorganisationen mir ihrer Unterstützung zur Nominierung als CDU-Direktkandidatin für die Bundestagswahl 2017 zugesichert. Das bedeutet mir sehr viel und spornt mich an“, resümiert Yvonne Magwas ihre Sommertour. ■

Eine kleine Tradition: Die Frauenunion besuchte das Auerbacher Bürgerbüro am 23. August. Bei Kaffee und Kuchen wurde fleißig über aktuelle Themen diskutiert.

Der CDU-Stadtverband Oelsnitz wählte im Juni seinen Vorstand. Herzlichen Glückwunsch an die alte und neue Vorsitzende Nicole Weber und ihr Vorstandsteam.

Ahoi! Mit der Senioren- und Frauenunion der CDU Vogtland stach Yvonne Magwas am 13. August auf dem Vogtlandmeer in See.

Bei der Mitgliederversammlung im Stadtverband Rodewisch wurden u.a. die Themen Fachkräfte und Berufsausbildung erörtert.

Zum Sommerfest lud der CDU-Stadtverband Pausa-Mehltheuer-Mühltroff am 18. Juni ein.

Auch in Plauen warb die Abgeordnete um das Vertrauen als Direktkandidatin der CDU-Vogtland zur nächsten Bundestagswahl.

Neues aus dem Vogtland:

Auerbach feiert 5 Jahre Familien– und Begegnungszentrum

Mitte August beging das Auerbacher Familien-und Begegnungszentrum (FBZ) ein kleines Jubiläum. Fünf Jahre ist es her, als sich fünf freie Träger der Stadt zu einem Verbund zusammenschlossen. Gemeinsam fördern sie nun die Mehrgenerationenarbeit in der Region.

Einrichtung steht für gelebte Integration

„Jüngere helfen Älteren und umgekehrt. Das stärkt den Zusammenhalt in der Gesellschaft und bewahrt Erfahrungswissen. Einrichtungen, wie das Auerbacher Familien-und Begegnungszentrum stehen für gelebte Integration“, so Yvonne Magwas.

Auf dem Sommerfest überzeugte sich die Bundestagsabgeordnete von dem vielfältigen Angebot. Ob Cheerleading, Bastel- und Schminkstände oder Spritzwettbewerb der Feuerwehr – für jede Generation war etwas dabei. „Ein tolles Fest, danke an die Organisatoren“, lobt die CDU-Politikerin.

Das Mehrgenerationenprojekt fand am 28. Januar 2011 in der Andreas-Schubert-Str. 19 in der Drei-Türme-Stadt ein Zuhause. Besonders sozial benachteiligte Familie sollen in dem Zentrum eine umfassende Betreuung und Hilfe bekommen. Zu den Trägern gehören der Arbeiter Samariter Bund, die Arbeiterwohlfahrt, der Deutsche Familienverband, das Deutsche Rote Kreuz sowie das Diakonische Werk. ■

Tag der Vogtländer - Wir feiern unsere Heimat

Zwei Feste, vier Bühnen, 53 Vereine, mehr als 1000 Mitwirkende. Bei sonnigem Wetter und fröhlicher Atmosphäre genossen Jung und Alt am letzten Augustwochenende den 18. Tag der Vogtländer. Auch die Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas war dabei. Bevor es am Nachmittag zur Festveranstaltung in den Wernesgrüner Brauereigutshof ging, fuhr sie zunächst beim traditionellen Umzug auf der historischen Erlbacher Postkutsche mit.

Yvonne Magwas: „Wir können stolz auf unsere Heimat sein.“

„Tage wie heute sind wichtig für die Region. Sie zeigen, dass wir stolz auf unsere Heimat sein können. Der Enthusiasmus, mit dem die Leute hier feiern, ist eine Inspiration und ich freue mich, dass wir an einer solchen Tradition festhalten“, so die CDU-Politikerin.

Die Wernesgrüner hatten gleich doppelten Grund zur Freude: Der Tag der Vogtländer wurde zusammen mit dem 580-jährigen Jubiläum der Brauerei gefeiert. Es ist das erste Mal in der Geschichte, dass ein Unternehmen, und nicht ein Verein oder eine Kommune, das Fest mit dem Landkreis ausrichtet. Seit 1996 treffen sich die Vogtländer regelmäßig, um ihre Heimat zu feiern. Das nächste Mal wird das traditionelle Fest mit dem 725-jährigen Stadtjubiläum Adorfs verbunden. In diesem Sinne, bis in zwei Jahren. ■

Neues aus dem Vogtland:

„Kann schinn'rn Baam gippt's, wie dann Vuglbärbaam"

„Kann schinn'rn Baam gippt's, wie dann Vuglbärbaam." Und nun kann auch die Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas einen ihr Eigen nennen. Diese wunderbare Überraschung bereitete ihr am 10. August der Verein des Aphasiker-Zentrums Südwestsachsen. Die vogtländischen Vereinsmitglieder waren im Juni für drei Tage mit der CDU-Politikerin in Berlin und besuchten u.a. den Deutschen Bundestag und die Taipeh-Vertretung. Als Dankeschön schenkte ihr Familie Weigert und Elke Wohlrab stellvertretend für die anderen Teilnehmer das Bäumchen. „Ich bin immer noch sehr gerührt von so viel Herzlichkeit. Der Vogelbeerbaum bekommt in Berlin natürlich einen Ehrenplatz", verspricht Yvonne Magwas.

Das Aphasiker-Zentrum Südwestsachsen ist ein gemeinnütziger Verein, der Menschen nach einem Schlaganfall oder Hirntumor wieder Hoffnung schenkt. Ziel ist es, die Betroffenen zur größtmöglichen Selbstständigkeit zu verhelfen. Nähere Informationen gibt es auf der Homepage: www.aphasie-suedwestsachsen.de ■

Magwas übernimmt Schirmherrschaft

Die Bundestagsabgeordnete hat die neue Baby-und Stillecke im KISPI Grünbach eingeweiht. Es ist für die CDU-Politikerin der erste Termin als neue Schirmherrin des Kinderspielhauses. „Frau Magwas ist eine junge sehr engagierte Frau. Sie setzt sich aktiv für unsere Region ein. Sie hat einen guten Draht – sowohl zu den jungen als auch älteren Menschen. Das passt zu uns. Wir freuen uns sehr, dass die Bundestagsabgeordnete uns in Zukunft als Schirmherrin unterstützen wird", so KISPI-Leiterin Isabel Nowak und ihr Team.

1.500 Euro für KISPI in Grünbach

Die neue Schirmherrin kommt auch nicht mit leeren Händen. Bei ihrer ersten Ausgabe von „Magwas trifft..." rief sie Ende Mai zur Unterstützung für das Kinderspielhaus auf. Dank der großzügigen Spende der Teilnehmer, vor allem der Kreditinstitute „Sparkasse Vogtland" und „Volksbank Vogtland", kamen 1.028,00 Euro zusammen. Damit auch die Puppenecke neu gestaltet werden kann, rundet die CDU -Politikerin die Spendensumme auf 1.500 Euro auf.

Kinderspielhaus baut Angebot aus

„Im KISPI lernen und erleben die Kinder das friedvolle und soziale Miteinander. Außerdem wird ihnen dort die Möglichkeit gegeben, ihre Kreativität und Vitalität zu steigern. Mit dem neuen Baby-und Stillbereich baut das KISPI seinem Ruf als familienfreundliche Freizeiteinrichtung weiter aus", lobt die Bundestagsabgeordnete, „Ich freue mich sehr, dass das KISPI-TEAM mich gefragt hat, ob ich die Patenschaft übernehmen würde. Mit großer Freude setzte ich mich auch in Zukunft für das Kinderspielhaus ein und helfe, wo ich kann."

Hintergrund:

Das Kinderspielhaus „KISPI" in Grünbach wurde 2004 aus der Taufe gehoben. Auf zwei Etagen à 650 m² stehen den Knirpsen verschiedene Spielmöglichkeiten und eine Fahrschule zur Verfügung. Regelmäßig werden Themenfeste, Ferienaktionen oder Buchlesungen organisiert. Im Außenbereich gibt's u.a. einen Spiel- und Grillplatz. Betrieben wird das Kinderspiel-Paradies vom Verein „Kinderspielvogtland". Nähere Infos finden Sie unter www.kinderspielvogtland.de. ■

Yvonne Magwas @ Facebook und @ Twitter

27.8.2016: „Die Talsperre Pöhl ist heute Austragungsort der Landesmeisterschaften im Freiwasserschwimmen. Organisiert vom Schwimm-Verein Vogtland Plauen finden die 200 Teilnehmer beste Bedingungen vor. Schön zu hören, dass der Sächsische Schwimm Verein daraus eine Tradition in Pöhl machen will. Vielen Dank auch an die Wasserwacht und das DRK für die Unterstützung der Wettkämpfe.“

19.8.2016:„Heute wieder in Sachen Wirtschaftsförderung und neue Arbeitsplätze für das Vogtland unterwegs. Auch wenn noch einiges an Hausaufgaben zu tun ist, so bin ich recht zuversichtlich. Mir ist es wichtig, gerade die Wirtschaft im ländlichen Raum zu unterstützen. Sie steht vor besonderen Herausforderungen.“

17.8.2016: „Es ist vollbracht! Danke an alle Sponsoren und Unterstützer! Die Reisekleidung ist fertig und die letzten Vorbereitungen laufen auf Hochtouren! ... Drückt die Daumen, dass wir den Titel ins Vogtland holen!!!“

Bürgersprechstunde

Ich freue mich darauf, Sie persönlich zu treffen. Meine nächste Bürgersprechstunde findet am 13. Oktober 2016 von 15 Uhr bis 17 Uhr in meinem Bürgerbüro in Plauen, Rädelstraße 2 statt. Bitte vereinbaren Sie im Vorfeld einen Termin unter Tel.: 03744/3649828 oder per E-Mail unter yvonne.magwas.ma06@bundestag.de.

Yvonne Magwas unterwegs

In den Nichtsitzungswochen des Bundestages bin ich im Vogtland unterwegs, um mit den Menschen und Akteuren vor Ort in Kontakt zu kommen. In den vergangenen Wochen habe ich u.a. folgende Termine im Vogtland absolviert :

- Besichtigung der Agrargenossenschaft Reichenbach eG mit Staatsminister Thomas Schmidt
- Vogtländischer Pflügertag mit Armin Döhler in Kürbitz
- Mitgliederversammlung der CDU Rodewisch
- 130jähriges Jubiläum der Freiwilligen Feuerwehr Ellefeld
- Besuch des StM Markus Ulbig in der Plauener Elsteraue
- Jahresmitgliederversammlung des Tourismusverbandes Vogtland in Plauen
- Firmenbesuch bei der WTA Vogtland in Plauen
- Besuch bei der Bad Brambacher GmbH
- Besuch der Diakonie Auerbach
- Besichtigung des Julius-Mosen-Zimmers in Mariney
- Vorstandssitzung CDU Schöneck

IMPRESSUM
Yvonne Magwas MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/22775637, Fax: 030/2277663
E-Mail: yvonne.magwas@bundestag.de
www.magwas.de

Bildnachweis: S.2: Andreas Hermsdorf/Pixelio.de; S.3: Martin Quast/Pixelio.de; S.5: Helne Souza/Pixelio.de, Martin Schemm/Pixelio.de; S.6: Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur; S.7: Bildstelle Deutscher Bundestag; S.8: Rainer Sturm/Pixelio.de; S.9: Carsten Steps, Detlef Menzel/Pixelio.de ; S.15: Michael Engelmann